

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/74

20. April 1971

Ein Gebot der Gesundheitsvorsorge

Mehr Forschung und Aufklärung über Diabetes

Von Käte Strobel

Bundesminister für Jugend/Familie/Gesundheit

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

Kieler SPD für moderne Bildungspolitik

Schleswig-Holstein will endlich Anschluß
an den Fortschritt

Seite 3 / 43 Zeilen

Unfallrettung muß besser werden

Verkehrsausschuß-Hearing für 24. Juni
beschlossen

Von Horst Seefeld SPD-MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des
Bundestages

Seite 4 / 39 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Chiefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 8133
Pressekab. I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 8037 - 33
Telex: 888 846/888 847/
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 88 11

Ein Gebot der Gesundheitsvorsorge

Mehr Forschung und Aufklärung über Diabetes

Von Käte Strobel

Bundesminister für Jugend/Familie/Gesundheit

In diesem Jahr ist es genau 50 Jahre her, als die kanadischen Forscher Banting und Best mit der Entdeckung des Insulins eine neue Ära der Behandlung der Zuckerkrankheit eingeleitet haben. Die künstliche Herstellung des Insulins schuf die Voraussetzung, um den Diabetikern eine neue Lebenschance zu geben und ihre Lebenserwartung beträchtlich zu erhöhen. Denn bis zu diesem Zeitpunkt starben etwa 40 vH. der Erkrankten am sogenannten diabetischen Koma.

Trotzdem ist das Problem des Diabetes heute drängender denn je. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Zahl der Diabetiker mit zunehmendem Wohlstand sprunghaft angestiegen. Man spricht von einer "Volkskrankheit des Wohlstands". Aus diesem Grund ist das Motto, das die Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen für den diesjährigen Weltgesundheitstag gewählt hat - "Lebens-tüchtig auch mit Diabetes" - ein hochaktuelles Thema.

Gesundheitliches Fehlverhalten, insbesondere die übermäßig fette und kohlehydratreiche Ernährung führt zu Übergewicht und Fettleibigkeit - gewichtige Faktoren für die Entstehung des Diabetes. Der Diabetes ist geradezu beispielhaft für das Zusammenwirken solcher äußerlichen Faktoren mit entsprechender erblicher Bereitschaft. Heute wird die Zahl der Diabetiker in der Bundesrepublik auf etwa 1,2 Millionen geschätzt. Man weiß jedoch, daß der Kreis der Diabetiker, die nicht bekannt sind, ungefähr ebenso groß sein muß.

Nur bei einer frühzeitigen Erkennung der Krankheit und bei einer rechtzeitigen und geeigneten Einstellung und Behandlung können Komplikationen vermieden werden. Die Früherkennung des Diabetes ist heute mit Hilfe einfacher Filteruntersuchungen möglich. Es ist erfreulich zu beobachten, daß die Bevölkerung ein immer

größeres Interesse an Früherkennungsmaßnahmen gewinnt und deren Bedeutung inzwischen einzuschätzen weiß.

Eine erfolversprechende Behandlung des Diabetis erfordert die aktive Mitwirkung des Patienten. Er muß mit seinem Arzt zusammenarbeiten, eine positive Einstellung zu den Behandlungsmethoden bekommen und sich zu einer Umstellung seiner bisherigen Lebensgewohnheiten entschließen.

Das Motto des Weltgesundheitstages "Lebenstüchtig auch mit Diabetes" hat jedoch nur dann seine Gültigkeit, wenn wichtige Vorbedingungen erfüllt sind, die zur Verbesserung der Situation des Diabetikers entscheidend beitragen:

Eine weitere und intensivere gesundheitliche Aufklärung und ein größeres Verständnis für den Diabetiker in der Öffentlichkeit und innerhalb der Familie.

Allgemeine und regelmäßige Früherkennungsuntersuchungen.

Abbau von Vorurteilen bei der beruflichen Qualifizierung von Diabetikern.

Ausbau der Diabetesforschung.

Unterstützung der Arbeit von Organisationen und Verbänden, die für den Diabetiker tätig sind.

Während es vor 50 Jahren noch darauf ankam, das Leben des Diabetikers zu retten, ist heute die medizinische und technische Möglichkeit vorhanden, die soziale Situation und die Leistungsfähigkeit des Diabetikers entscheidend zu verbessern. Staat und Gesellschaft haben dabei die Aufgabe, die Vorbedingungen dafür zu schaffen, daß auch Diabetiker ein vollgültiges und lebenswertes Leben im Beruf und in der Gesellschaft führen können.

(- ex/20.4.1971/ks)

+ + +

Kieler SPD für moderne Bildungspolitik

Schleswig-Holstein will endlich Anschluß an den Fortschritt

Die schleswig-holsteinische SPD hat eine Schrift "Bildungspolitik als Gesellschaftspolitik" vorgelegt, deren Grundsätze sie mit der möglichen Bildung einer SPD/FDP-Regierung nach der Landtagswahl am 25. April verwirklichen will. Den Sozialdemokraten geht es im Norden darum, endlich Anschluß an moderne Schulsysteme zu erhalten, wie sie in der Programmatik von Bundeswissenschaftsminister Prof. Dr. Ing. Leussink ausgearbeitet und in Hessen sowie Westberlin bereits in der Realisierung begriffen sind.

Das Bildungsprogramm der schleswig-holsteinischen SPD geht sehr viel weiter als alle Vorstellungen, welche die CDU unter ihrem neuen Kultusminister Prof. Dr. Braun entwickelt hat, der nach wie vor mit einer konservativen CDU-Fraktion im Landtag kämpfen muß, um auch nur kleine Schritte voranzukommen. Als erste Maßnahmen will die SPD-Regierung im Bundesrat mit der FDP nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein durchsetzen:

1/ Senkung des Einschulungsalters auf fünf Jahre zur obligatorischen Einführung der Vorschulklassen bis 1978; dazu Einführung der integrierten Orientierungsstufe als Schritt zur Gesamtschule.

2/ Errichtung von mindestens zehn integrierten Gesamtschulen als Ganztagschulen und Einrichtung des zehnten Schuljahres an Hauptschulen.

3/ Echte Mitbestimmung für Lehrer, Eltern und Schüler. Aufhebung des Verbots politischer Schülergruppen; Bildung von Vertretern in eigenen Organisationen für Schüler, Eltern und Lehrer, die differenzierte Einwirkungsmöglichkeit für alle Schulangelegenheiten erhalten, Wahl der Schulleiter auf Zeit.

Weiter geht es den Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein darum, endlich Bildungseinrichtungen für geistig behinderte Kinder an neuen Schulzentren zu schaffen. Ferner soll das Berufsbildungsjahr schrittweise in der Sekundarstufe 2 eingeführt werden. Überbetriebliche Ausbildungsstätten sind zu schaffen und den Schulleitungen zu unterstellen.

Eine SPD-geführte Landesregierung beabsichtigt, bereits in ihrem ersten Regierungsjahr ein Lehrerbildungsgesetz vorzulegen. Man denkt an die Ausbildung zum Stufenlehrer für den schwerpunktmäßigen Einsatz in der Elementar- sowie der Primarstufe und in der Sekundarstufe eins oder zwei. Schon in ihrem zweiten Regierungsjahr beabsichtigt die SPD in Schleswig-Holstein den mangelhaften Generalschulbauplan der jetzigen Landesregierung zu revidieren. So soll auch baulich der Schritt zu den Zentralschulen gegangen werden.

(cc/ee/20.4.1971, bgy)

+ + +

Unfallrettung muß besser werden

Verkehrsausschuß-Hearing für 24. Juni beschlossen

Von Horst Seefeld SPD-MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundestages

Zu den Maßnahmen, die der Bundesverkehrsminister in seinem im Oktober 1970 vorgelegten "Verkehrsbericht 1970" für die 6. Legislaturperiode angemeldet hatte, befindet sich im Abschnitt "Sicherheit im Straßenverkehr" auch die Ankündigung "Verbesserung des Unfallrettungsdienstes". In der Tat handelt es sich hierbei um ein trauriges Kapitel deutscher Innenpolitik. Der Unfallrettungsdienst fällt in die Kompetenz der Länder. Jedes Land hatte bisher seine eigenen Vorstellungen über Art und Umfang des Rettungswesens und auch über die jeweils in den Haushaltsplänen dafür einzusetzenden Beträge. Das hatte zur Folge, daß es in der Bundesrepublik Deutschland bis jetzt kein einheitliches Rettungswesen gibt, weil die Länder sich noch immer nicht auf überall im ganzen Bund gleichmäßig geltende Bedingungen einigen konnten. Die Bundesregierung fühlt sich, wie sie betont, verpflichtet, in engster Zusammenarbeit mit den Ländern auf eine grundlegende Verbesserung der Unfallrettung hinzuwirken.

Der Bundestag will ebenfalls seinen Beitrag zur erhofften Vereinheitlichung leisten und hat daher im Rahmen der Aussprache des Verkehrsberichtes im Verkehrsausschuß des Bundestages die Abhaltung einer öffentlichen Anhörung beschlossen. Für den 24. Juni 1971 werden Vertreter zahlreicher Verbände, die ihre besonderen Erfahrungen mit der Rettung von Menschenleben auf unseren Straßen gemacht haben, und mehrere Sachverständige nach Bonn eingeladen. Sie sollen aus ihrem reichen Schatz an meist trüben Erkenntnissen mithelfen, die für uns als Teilnehmer am Straßenverkehr bestmögliche Form des Überlebens und der schnellen Hilfe nach Unfällen zu finden suchen.

Es geht dabei nicht nur um Fragen der Finanzierung oder um die Verstärkung des Meldesystems. Der neuzuglichste Punkt dürfte ohne Zweifel das Finden einer Lösung für eine Vereinheitlichung und das Zusammenwirken aller bis jetzt schon in diesem Bereich tätigen Personen und Organisationen über die Bundesländergrenzen hinweg sein. Bundesminister Leber brachte diese Notwendigkeit auf die Kurzformel: "Ich sehe meine Aufgabe vor allem darin, durch eine optimale Koordinierung aller Hilfsmaßnahmen zu einer Minderung der vielfältigen Unfallfolgen beizutragen". Dieses Ziel hat sich auch der Verkehrsausschuß gestellt. Das zu erreichen soll das Hearing am 24. Juni dienen. Es bleibt zu hoffen, daß die Überwindung der jetzigen Misère mit Erfolg gelingt. (-/ex/20.4.1971,ks.